

mit China, wo ihm die guten Freunde die Frucht des Sieges aus der Hand nahmen. Zwar wird es jetzt niemand mehr wagen, Japan in den siegreichen Arm zu fassen. Jede Macht hat an Rußland gesehen, wie sich Japan dafür zu gegebener Zeit rächen würde. Die „gelbe Gefahr“ für Europas Industrie läßt sich auch damit nicht beschwören, daß man Japan wieder gänzlich niederdrückt, wie damals. Es heißt jetzt, sich mit den neuen Verhältnissen in Ostasien so gut abfinden, wie es geht. Bei ihren Bemühungen um den Frieden lassen sich die Mächte ohne Zweifel nicht sowohl aus Humanitätsrücksichten oder Liebe zu Rußland, als vielmehr durch ihre eigenen Interessen leiten. Da kommt einerseits in Betracht, daß der Krieg trotz der Vorteile, die er verschiedenen Industriezweigen bringt, schwere wirtschaftliche Schäden für alle mit Ostasien in Verkehr stehenden Staaten im Gefolge hat und andererseits, daß die „gelbe Gefahr“ desto mehr wächst, je mehr Niederlagen Rußland erleidet und je härtere Friedensbedingungen Japan ihm abnötigt.

Die Flucht aus dem Staatsdienste.

Von hochangesehener Seite geht uns folgender, sehr beachtenswerter Artikel zu:

In recht bedenklicher Weise mehren sich die Fälle, da höhere Staatsbeamte einfach der Geheimratsstube den Rücken kehren und in einer recht gut bezahlten Direktorstelle eines großen Unternehmens Platz finden. Früher kannte man dieses nicht. Der Beamte blieb in seinem Dienste, bis er nach 40 und mehr Dienstjahren den Abschied nahm und seine Pension in Ruhe verzehrte. Für unseren deutschen Beamtenstand war dies ein gutes Zeichen, und auch das deutsche Volk hat diese Erscheinung gerne gesehen. Man weiß es in den weitesten Kreisen, daß kein Beamter „reich“ wird, ja man weiß es auch, daß der Gehalt in recht vielen Fällen kaum ausreicht, daß aus dem Vermögen Zusatz kommen muß oder — wo solches nicht vorhanden ist — daß große Entbehrungen eintreten. Ein Wohlleben kennt man in deutschen Beamtenkreisen im allgemeinen nicht.

Nun scheint auch hier eine Umwälzung sich anzubahnen, mehrere Male im Jahre liest man, daß dieser oder jener Beamter seinen Abschied nahm, um in Privatdienst zu treten. Beim Militär hat man nie viel eingewendet dagegen, weil die betreffenden Offiziere in der Regel später in Gewehr- und Pulverfabriken tätig waren, und man sah dieses noch als eine Fortsetzung ihres seitherigen Dienstes an. Anders liegt die Sache beim Zivil; man erklärt sich das Ausscheiden dieser Herren ganz allein durch die bessere Bezahlung, die sie im Privatdienst erhalten. Mit dem früheren Präsidenten des Reichsverkehrsamtes fing es an; er trat zu der Weltfirma Siemens und Halske mit einem Gehalt von 100 000 M. über, und dieser erste Schritt erzeugte eine Reihe anderer. Gerade der neueste gibt Anlaß zu sehr vielen Bemerkungen. Der Geheimrat Oberfinanzrat Maximilian v. Stilling, einer der befähigsten und angesehensten Mitglieder des Reichsbankdirektoriums, scheidet aus diesem aus und tritt in den Vorstand der Darmstädter Bank ein. Zwei der interessantesten Fälle dieser Art aus der jüngsten Zeit bildeten der Eintritt des Regierungsrates Henry Wölfer in die Leitung des allgemeinen deutschen Stahlwerksverbandes und des Kapitäns zur See Ferdinand v. Grumme in die Direktion der Hamburg-Amerika-Linie. Henry Wölfer hatte bis zu seiner Berufung in den Stahlverband als Referent des Reichsrates des Innern bei den Kartellverhandlungen gewissermaßen über die Verbände mit zu Gericht gesessen; Ferd. v. Grumme schien als Stützadjutant des Kaisers eine glänzende Marine- und Hofkarriere vor sich zu haben.

In den Direktionen der großen Berliner Banken findet sich bereits eine Anzahl von früheren höheren Beamten; so bei der Diskonto-Gesellschaft Geheimrat Seehandlungsrat Schöller, Ministerialdirektor Höfer; bei der Dresdner Bank Geheimrat Oberfinanzrat Müller, Reichsbankdirektor Dalchow; bei dem v. Schaffhausen'schen Bankverein Oberregierungsrat Schröder, Geh. Regierungsrat Hartung, Landesbankrat Wigand; bei der Darmstädter Bank Reichsbankdirektor Rump; bei der Nationalbank Geheimrat Regierungsrat Wittig. Aber damit ist die Liste noch lange nicht erschöpft; wir könnten noch ein Dutzend von Herren aufzählen, die sich ähnliche Stellen erlangen haben.

Noch damit ist die veränderte Sachlage noch nicht ganz geschildert. Man muß auch einen Blick auf die Zusammensetzung der Aufsichtsräte werfen; in diesen wimmelt es förmlich schon von Geheimräten, Kammerherren, Erzlegellen usw. Wir haben uns schon oft gewundert, daß die hohen Staatsbeamten, die immer gerne über ihre Arbeitslast klagen, noch Zeit finden, nicht nur einem Aufsichtsrat anzugehören, sondern gleich einem halben Dutzend oder noch mehr. Die Antwort wird uns durch eine Anekdote, die

man sich von einer bekannten Persönlichkeit der Berliner Bankwelt, die selbst ein Viertelhundert Aufsichtsratsstellen bekleidet, erzählt. Die Antwort lautet, daß die Arbeiten des Aufsichtsrates eigentlich nur der Vorsitzende zu erfüllen habe, „die andern Aufsichtsratsmitglieder sind heutzutage nichts anderes als bessere Agenten für ihre Aktiengesellschaften“, Agenten in der Schaffung von Beziehungen, Agenten für die Erbung mancher schwer passierbar erscheinenden Wege; in diesem Sinne wirken auch Aufsichtsratsmitglieder mit Titel und Würden bei vielen Aktiengesellschaften. Wir wollen nicht einen Vorwurf gegen eine bestimmte Person erheben; aber dieser Umstand erklärt es auch, wenn man in künftigen Kreisen hier und da den Ausdruck hört: Es riecht nach Panama! Der Ausdruck ist prägnant, scharf, ob er ungerichtet sein mag?

Hier liegt auch die große Gefahr des geschilderten Umchwungs. Kann unsere Beamenschaft in voller Objektivität die Geschäfte des Staates besorgen, die Interessen der Allgemeinheit wahren, wenn sie im Nebenamt eine Anzahl Aufsichtsratsstellen in großen Unternehmungen bekleidet? Ein Konflikt zwischen beiden Pflichten — denn auch der Aufsichtsrat hat seine Pflichten — ist sehr leicht denkbar; wir wollen nicht sagen, daß der Staatsbeamte in diesem Falle vor dem Aufsichtsratsmitglied kapitulieren müsse, aber schon die Tatsache, daß bei hochgestellten Persönlichkeiten solche Konflikte möglich sind, ist unangenehm. Nehmen wir z. B. einen Beamten in einem Dezernat, der viele Beziehungen zu Privatunternehmern hat. Wenn dieser gleichzeitig in einem dieser Werke als Aufsichtsrat tätig ist und es handelt sich um die Vergabe von Lieferungen, so kann er „seinem Werke“ gar leicht den Vorzug geben. Er weiß genau, wie die Lieferungen auszufallen haben, er kennt den Preis, über den die Regierung eingehen wird, er hat alle Akten zur Hand, und da genügt ein Wink gegenüber dem Direktor „seines“ Werks und dieses liefert ein Angebot, das alle andern übertrifft. Dabei braucht nicht einmal der Fall einzutreten, daß die gelieferte Ware schlechter oder teurer ist; wir gehen gar nicht so weit in dieser Annahme. Das betreffende Werk aber hat seine Konkurrenz geschlagen. Dieser Vorgang wiederholt sich, so daß dieses Unternehmen mit der Zeit eine Monopolstellung sich sichert. Die Dividenden steigen, aber auch die Tantiemen für die Aufsichtsräte. Im Volke aber spricht man von einem kleinen Panama! Wie wäre es, wenn einmal im Reichstag eine Zusammenstellung darüber gefordert würde, welche Beamten in Aufsichtsräten sitzen und in welchen?

Ferner ist nicht außer acht zu lassen, daß solche großen Unternehmungen in der Regel einen guten Griff machen; sie holen sich nicht den schlechtesten Beamten, sondern sie nehmen dem Staat gerade die besten Beamten weg. Auch das ist sehr bedauerlich. Wir brauchen in unserer Beamtenwelt nicht nur Mittelmäßigkeiten, es sind auch hier Kräfte ersten Ranges nötig, zumal die Staatsmaschine immer komplizierter wird.

Politische Rundschau.

Dresden, den 14. Juni 1906.

Kaiser Wilhelm hat für einen Erweiterungsbau der deutschen Heilstätte Davos mit dem Ausdruck seiner regen Teilnahme an den Bestrebungen der Heilstätte 30 000 Mark gespendet.

Die Trauerfeier aus Anlaß der Ueberführung der Leiche des hier so unerwartet verstorbenen Fürsten Leopold von Hohenzollern fand am 13. d. M. unter Anteilnahme des gesamten kaiserlichen Hoflagers statt. Die Trauerfeier in der St. Hedwigskirche war unter Teilnahme des Kaiserpaars, der Prinzen usw. vormittags um 11 Uhr angefangen. Eine Kompanie vom 1. Garderegiment unter Führung des Prinzen Eitel-Friedrich, ferner eine Kompanie vom 2. und eine vom 3. nahmen vor der Kirche Aufstellung. Mehrere Batterien der Garde-Feldartillerie stellten sich an der königlichen Bibliothek auf. Es erschienen auch die Mehrzahl fremder Botschafter, die Militärattachees aller vertretenen Nationen fanden sich vor der Kirche ein. Sogar die Japaner waren anwesend. Der Kaiser in großer Generalsuniform mit dem Marschallstab und die Kaiserin in tiefer Trauer wurden am Portale vom fürstbischöflichen Delegaten Propst Kleinemann und der gesamten Geistlichkeit empfangen und zum Hochaltar geleitet. Nach dem feierlichen Requiem geleitete der junge Fürst von Hohenzollern die Kaiserin zu seiner Mutter, der Ihre Majestät herzlichst kondolierte. Auch der Kaiser sprach seine herzlichste Kondolenz aus und umarmte dabei die so plötzlich verwitwete Fürstin. Der Sarg wurde sodann draußen auf den kaiserlichen Leichenwagen gehoben und zum Bahnhofe gebracht. Sinter dem Sarge schritten der Kaiser und die drei Prinzenjöhne, sowie die nächsten Anverwandten und die hohen Militärs. Auf dem ganzen Wege bis zum Anhalter Bahnhof bildeten die Berliner Truppen Spalier. Als der königliche Leichenwagen vor dem Eingang zu den Fürstenzimmern hielt, wurde der Sarg von zwölf Unteroffizieren heruntergehoben und durch den Salon auf den Eisenbahnperon getragen. Der Kaiser und die Prinzen folgten unmittelbar hinter dem Sarge. Der Kaiser umarmte und küßte darauf den jetzigen Fürsten, der tieftraurig, das Antlitz voll Tränen, da stand. Darauf verließ der Kaiser den Bahnhof und fuhr nach dem Schloß zurück.

Der Herzog von Cumberland scheint Wert auf die Feststellung zu legen, daß sein Glückwunschtelegramm zur Kronprinzenhochzeit nicht an den Berliner Hof, sondern an die Mecklenburgische Familie gerichtet gewesen sei. Damit würde sich nur unsere Annahme bestätigen, daß das Telegramm jeder politischen Bedeutung ermangelt.

Donnerstag vormittag 9 Uhr wurde in Danzig der 15. Deutsche Geographentag eröffnet. Wirklicher Geheimrat Prof. v. Reumann begrüßte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Zentralausschusses die aus allen Teilen des Reiches erschienenen Gelehrten.

Gegenüber der Nachricht, daß der Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts, Herr v. Lucanus, zurücktreten werde, schreibt die „Kreuzzeitung“, daß diese Nachricht erfreulicherweise völlig unbegründet sei.

Die 20. Hauptversammlung des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen fand am 12. d. M. zu W.-Gladbach

statt. Der Verband, der in das dritte Jahrzehnt seines Bestandes eintritt, zählt gegenwärtig circa 8000 Mitglieder in 70 Bezirksverbänden und 90 Zweigvereinen. Herrscht auch noch mancherorts in den Kreisen der katholischen Lehrerinnen Vorurteil gegen den Verband, kämpft man auch vielfach noch mit Bequemlichkeit und Teilnahmslosigkeit, so sind die größten Schwierigkeiten doch jetzt überwunden, und die Vorsitzende, Fel. Herber, blickt mit froher Zuversicht in die Zukunft. Seitens des Kardinals Fischer und des Bischofs von Trier waren Begrüßungsschreiben eingelaufen. Der erste Beratungsgegenstand war das Besoldungsgesetz. Die Referentin Fel. Herber führte aus, man müsse erstreben, daß das Grundgehalt der Lehrerin circa 77% des Lehrgelohls betrage, die Alterszulage 80%, die Rietsentschädigung circa 2/3. Der Staatszuschuß für eine Lehrerin müsse 1/5 desjenigen des Lehrers darstellen. Der Gedanke, die Gehälter der Lehrerinnen in ein sich gleichbleibendes Prozentverhältnis zu den Lehrerbefähigten zu bringen, fand allseitigen Beifall. Sodann wurde über die Lehrerinnenarbeit in den Arbeiterinnenvereinen gesprochen. Dr. Müller führte aus: Es gelte in diesen Vereinen eine Emanzipation, eine Befreiung des arbeitenden Volkes von der leiblichen, geistigen und sittlichen Vernachlässigung. Es gelte die Emporhebung der weiblichen arbeitenden Jugend zur Anteilnahme an den Gütern der menschlichen Kultur. Auf dem wirtschaftlichen Schlachtfeld, das sich weithin ausbreite, sollten die katholischen Lehrerinnen die Waffkuren sein, die neues Leben erwecken in den Gefallenen, auf daß sie sich mit frischer Kraft von neuem bewährten. Die von hoher Begeisterung getragenen Ausführungen fanden stürmischen Beifall. Mehrere lebende Bilder gaben der Versammlung dann einen Einblick in die Tätigkeit des Gladbacher Arbeiterinnenvereins.

Die Reichstagswahl in Offen scheint eine sehr erbitterte zu werden; jedenfalls wendet die Sozialdemokratie alle nur erdenklichen Mittel im Kampfe gegen das Zentrum an. So gefällt es dem „Vorwärts“ garnicht, daß das Zentrum den Arbeitersekretär Giesberts aufgestellt hat; er schreibt über die Beratung der Vergesegnovelle, daß die Arbeiter hier gesehen hätten, „welch einen Unterschied es macht, für welche Partei Arbeiterkandidaten aufgestellt werden. Die Arbeiter in der Sozialdemokratie sind die Führer und Herrscher der gesamten Politik der Sozialdemokratie. Die Arbeiter, die im Zentrum und gelegentlich auch in anderen Parteien aus demagogischen Gründen aufgenommen werden, betreiben das Gegenteil von dem, was angeblich durch ihre Mitwirkung erreicht werden soll. Sie üben keinerlei Einfluß auf die Fraktion aus, aber sie werden dann hervorgeholt und müssen mit ihrem Namen Aktionen decken, die bestimmt sind, Arbeiter über den von ihnen verübten Betrug zu täuschen.“ Mit solchen Phrasen betritt der „Vorwärts“ niemanden; der Führer der Sozialdemokratie ist der Abg. Singer, der in seinem Leben nie ein Arbeiter war, in dessen früherem Geschäft es nicht gerade muschelhaft zuging und der seinen Reichtum dem Schweige der Arbeiter und Mäntelherinnen verdankt. Der Abg. Vebel hat seit mehr als 30 Jahren den Nobel aus der Hand gelegt; der Führer v. Vollmar war nie ein Arbeiter; der Führer Diez ist Arbeitgeber, der Führer Barm ein Chemiker, der jetzt wieder seine Limonade fabrizieren kann, mit der die sozialdemokratischen Arbeiter ihren Durst löschen können. Diese Reihe ließe sich vermehren! Wirkliche Arbeiter stehen bei der Sozialdemokratie im Hintergrund, da sie keine praktische Politik treiben wollen und dies den führenden Genossen nicht zuzufut. Nirgends wird das Arbeiterinteresse der Parteipolitik so sehr untergeordnet wie bei der Sozialdemokratie.

Die neue Marinevorlage soll sich nun auf die Anschaffung von 6 Panzerschiffen und 7 Torpedobootsdivisionen einrichten, daneben aber das Displacement der Linienschiffe vergrößern. Ueber die Torpedobootsdivisionen ist man in letzter Zeit geteilter Ansicht geworden. In der Tagesschlacht in der Koreastraße sind nach den jetzt vorliegenden Berichten die Torpedobootsdivisionen erst zur Geltung gekommen, nachdem die russische Artillerie vollständig niedergeschlagen war, und die russischen Linienschiffe und großen Kreuzer keinerlei Abwehrmittel gegen die bis dahin hinter dem Feuer der japanischen Schiffe gehaltenen Torpedobootsdivisionen besaßen. Die durch die Kiellinie der japanischen Panzer hervorbrechenden Torpedobootsdivisionen, auch die kleinsten Typen, konnten dadurch bis auf 200 Meter an die wehrlosen russischen Schiffe herangehen und auf diese wirksamste Entfernung ihre Zerstörungswert tun. Sie erfüllten somit die ihnen einst gegebene Charakteristik der „Höhne des Seeschlachtfeldes“ voll und ganz; ihre aufraumende Arbeit wäre wiederum aber ganz unmöglich gewesen, wenn nicht die Inferiorität der russischen Schießbrüsten, zum Teil wohl verursacht durch die schlechten Wetterverhältnisse, so groß gewesen wäre. Der Nachtangriff der japanischen Torpedobootsdivisionen ist dann nur deshalb so vollständig geglückt, weil die zur Flucht gewendete Linie der russischen Schiffe dem Gegner durch ihre Scheinwerfer die besten Angriffschancen gab. Unterseeboote sind überhaupt nicht in Aktion getreten; für ihre Verwendung war anscheinend die See an der Kampfesstelle viel zu bewegt.

Die Höhe und Verbrauchssteuern ergaben im Rechnungsjahr 1904 nach dem Zentralblatt für das Deutsche Reich folgende Einnahmen (einschließlich der gestundeten Beträge):

301e 529,6 Mill. Mark (gegen das Vorjahr m. 17,1 Mill. Mark),	Zabststeuer 11,4 Mill. M. (m. 188 000 M.),	Zuckersteuer 127,5 Mill. M. (m. 22 Mill. M.),	Salzsteuer 52 Mill. M. (m. 2 Mill. M.),	Wasserschiffsteuer 17,25 Mill. M. (m. 4,8 Mill. M.),	Brandweinverbrauchsteuer und Zuschlag 117,66 Mill. Mark (m. 8,1 Mill. M.),	Brennsteuer 1,3 Mill. M. (m. 0,90 000 Mark),	Schaumweinsteuer 4,9 Mill. M. (m. 467 000 M.),	Bräusteuer 81,8 Mill. M. (m. 320 000 M.),	Ueberrgangssteuer von Bier 9,6 Mill. M. (m. 17 400 M.),	Summe 887,8 Mill. M. (m. 4,8 Mill. M.).
Stempelsteuer für: a) Wertpapiere 23,2 Mill. Mark (m. 7,7 Mill. M.);	b) Kauf- und sonstige Anschaffungsgegenstände 17,7 Mill. M. (m. 8,8 Mill. M.);	c) Rolle aus Verbrauchssteuer 4,6 Mill. M. (m. 112 000 M.);	d) Staatslotterien 89,9 Millionen M. (m. 5,5 Millionen M.);	e) Schiffstrafurkunden 894 000 M. (m. 8900 M.);	Staatsschatzsteuer 1,7 Mill. M. (m. 16 000 M.);	Wasserschiffsteuer 18,1 Mill. M. (m. 261 000 Mark),	Post- und Telegraphenverwaltung 457,8 Mill. M. (m. 28,7 Mill. M.),	Reichseisenbahnverwaltung 101 Mill. M. (m. 2,8 Mill. M.)		

astronomischer Forschung Mik Katharina Pruce ermöglichte; außerdem hat V. Hagen durch Herausgabe seiner vier Bände umfassenden „Synopsis der höheren Mathematik“ auch der mathematischen Welt einen großen Dienst erwiesen.

Nicht vergessen werden dürfen in einer Zeit der Babel-Schwärmerie die Patres Epping, Straßmaier und Kugler mit ihren Arbeiten über die Astronomie der Babylonier, die in den Kreisen der Assyriologen große Anerkennung gefunden haben.

Auch die Tätigkeit der Jesuiten als Kartographen muß hier erwähnt werden; bekannt ist B. Chevaliers Karte von China, die ihm von der Pariser Geographischen Gesellschaft die goldene Legerot-Medaille eintrug. Von derselben Gesellschaft erhielt die Patres Colin und Hubert den Herber-Fournet-Preis, den größten, über den die Gesellschaft verfügen kann, für ihre Karte Madagaskars. Endlich sei genannt V. Alques Atlas der Philippinen. An die zahlreichen literarischen Arbeiten auf dem Gebiete der Astronomie sei nur erinnert.

Das Gefagte wird genügen, um zu zeigen, daß die Jesuiten sich mit ihren Arbeiten auf einem Gebiete, dessen Vorbereitung zudem nur in untergeordneter Weise Aufgabe des Ordens sein kann, wohl vor aller Welt sehen lassen können.